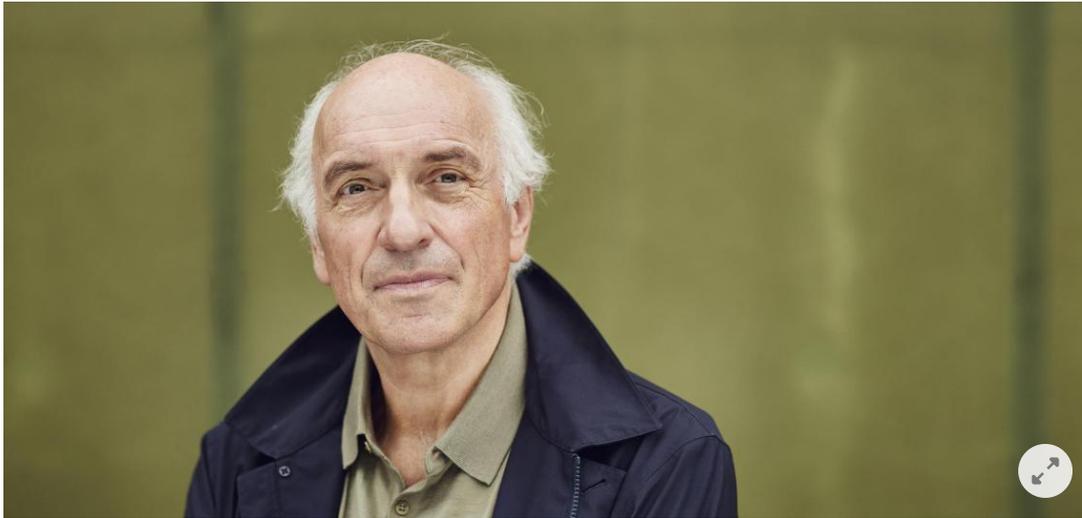


„Nicht nur wir müssen eine Eskalation fürchten, auch Putin hat Grund zur Sorge“

Stand: 17:17 Uhr | Lesedauer: 21 Minuten

Von Mladen Gladić



Denkt über Krieg und Moral nach: Philosoph Hinsch

Quelle: Maya Claussen

Er hat den Grünen Anton Hofreiter maßgeblich beeinflusst: Der Philosoph Wilfried Hinsch lehnt einen Pazifismus im Stil Gandhis ab. Der beruhe auf der Vorstellung, das einzelne Leben sei wertlos. Atomkriegsangst hingegen hält Hinsch derzeit für berechtigt.

Der Pazifismus ist im Kurs gefallen. Die Selbstverständlichkeit, mit der die Parole „Nie wieder Krieg“ gerade in Deutschland nach 1945 denjenigen, der sie ausgab, auf der vermeintlich richtigen Seite der Geschichte verortete, ist seit Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine nicht mehr gegeben. Hatten Teile der Grünen schon 1999 ihre Zustimmung zum Nato-Einsatz gegen Jugoslawien gegeben, sind sie nun unter den lautstärksten Befürwortern einer Unterstützung der Ukraine in ihrem Verteidigungskrieg gegen Russland.

Besonders Anton Hofreiter, Vorsitzender im Europa-Ausschuss des Deutschen Bundestags, forderte schon früh die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine. Dabei berief er sich auch auf die Überlegungen des Kölner Philosophen Wilfried Hinsch, der in seinem Buch „Die Moral des Krieges“ von 2017 für einen „aufgeklärten Pazifismus“ plädiert.

Doch was ist das? Führt ein so verstandener Pazifismus nicht fast zwangsläufig in sein Gegenteil? Und wie umgehen mit Hunderttausenden Bürgern, die Waffenlieferungen an eine Kriegspartei ablehnen und eine nukleare Eskalation des Krieges befürchten? Und müssten wir, schließlich, wenn wir die Ukraine unterstützen, nicht auch anderen zur Hilfe eilen, die sich in einer ähnlichen Situation befinden? Wir erreichen Professor Hinsch telefonisch in Köln.

WELT: In Ihrem Buch „Die Moral des Krieges“ plädieren Sie „für einen aufgeklärten Pazifismus“. Gegen welche Formen des Pazifismus grenzen Sie sich damit ab?

Wilfried Hinsch: Es gibt viele Strömungen des Pazifismus: religiöse und nicht religiöse, politische und unpolitische. Man spricht von Nuklearpazifismus, Gesinnungspazifismus und neuerdings auch von „Lumpenpazifismus“. Die letzten beiden Bezeichnungen sind nicht besonders glücklich.

WELT: Warum nicht?

Hinsch: „Gesinnungspazifismus“ klingt so, als käme es Pazifisten nur auf ihre Gesinnung an. Aber natürlich wollen sie auch die schrecklichen Folgen von Kriegen verhindern, nur eben nicht mit Gewalt. Auch „Lumpenpazifismus“ (<https://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/ukraine-krieg-der-deutsche-lumpen-pazifismus-kolumne-a-77ea2788-e80f-4a51-838f-591843da8356>)“ ist keine glückliche Bezeichnung. Selbstverständlich gibt es unter den Pazifisten Lumpen. Aber unter den politischen

Realisten gibt es sie nicht weniger. Beschimpfung trägt zur sachlichen Klärung nichts bei. Wichtig ist allerdings, zwischen radikalen und gemäßigten Pazifisten zu unterscheiden.

WELT: Was zeichnet den radikalen Pazifisten aus?

Hirsch: Er geht von einem absoluten Tötungsverbot aus, wie wir es etwa im fünften der Zehn Gebote finden, und dehnt es soweit aus, dass nicht nur die absichtliche Tötung eines Menschen kategorisch verboten erscheint, sondern auch schon die Inkaufnahme des Todes von Menschen, seien es nun Soldaten im Krieg oder an den Kämpfen Unbeteiligte.

WELT: Was finden Sie am Tötungsverbot problematisch?

Hirsch: Am Tötungsverbot zunächst einmal gar nichts. Das menschliche Leben ist bedingungslos schützenswert. Auch gäbe es ohne ein allgemeines Tötungsverbot keine auch nur halbwegs stabilen Gesellschaften. Der radikale Pazifismus ist weder ein Irrglaube noch eine lediglich vorgeschobene Ideologie, die keinen Respekt verdiente, wie es der Ausdruck „Lumpenpazifismus“ nahelegt. Er kann aber nicht die politische Ethik einer auf die Menschenrechte verpflichteten pluralistischen Gesellschaft bestimmen, denn so wie die Dinge liegen, läuft er auf eine Erklärung der effektiven Rechtlosigkeit sehr vieler Menschen hinaus.

WELT: Sie haben bereits das biblische Gebot „Du sollst nicht töten“ erwähnt. Hat der radikale Pazifismus also religiöse Ursprünge? Für Christen gilt ja bekanntlich die Forderung, seinen Feind zu lieben und auch die andere Wange hinzuhalten.

Hirsch: Tatsächlich kann man den radikalen Pazifismus wohl nur vor einem religiösen Hintergrund verstehen. Für die christliche Heilserwartung ist das reine Gewissen allesentscheidend. Die womöglich schlimmen Folgen dessen, was wir ‚reinen Herzens‘ für andere tun, verblissen demgegenüber. Auch der Pazifismus Gandhis ist ohne seinen religiösen Hintergrund nicht nachzuvollziehen. Er hängt an der Vorstellung, dass das Leben des Einzelnen an sich wertlos ist und wir uns nur durch einen absoluten Gewaltverzicht Gott nähern können.

WELT: Krieg und Frieden als Gewissensfrage?

Hirsch: So scheint es. Wenn ich jemanden absichtlich töte oder den Tod anderer in Kauf nehme, handle ich, so die christliche Vorstellung, nicht mehr reinen Herzens und kann nicht länger auf Erlösung hoffen. Was andere tun, und ob durch mein Nicht-Eingreifen andere Menschen gewaltsam zu Tode kommen oder nicht, ist für mein Gewissen und für meine Hoffnung auf Erlösung ohne Bedeutung. Auch wird denjenigen, die als Folge meiner Weigerung einzuschreiten unschuldig zu Tode kommen, zwar das Leben genommen, ihr Seelenheil wird aber nicht infrage gestellt.

WELT: Darin sehen sie ein Problem?

Hirsch: Die beschriebene Auffassung bezeugt eine Geringschätzung der irdischen Existenz des Menschen und des Lebens der Opfer rechtloser Gewalt, die aus einer unparteiischen moralischen Perspektive problematisch erscheinen muss.

WELT: Ist es egoistisch, auf das eigene Seelenheil zu setzen?

Hirsch: Es ist ein sozusagen transzendenter Egoismus, nicht der übliche: Mehr Kuchen, mehr Geld, mehr Lebensfreude für mich. Es geht um Erlösung jenseits von Raum und Zeit. Alles, was mein Seelenheil gefährdet, muss unbedingt vermieden werden, alles andere nur dann, wenn meine Heilserwartung dadurch nicht in Frage gestellt wird, was immer das für das irdische Leben von anderen Menschen bedeuten mag.

WELT: Anton Hofreiter von den Grünen setzte sich schon früh für die Unterstützung der Ukraine auch mit schweren Waffen ein. Auf Facebook zitiert

(<https://www.facebook.com/anton.hofreiter/posts/pfbid0WtDmxB2GyWxhsmDQPip2gG7fW8sjfVw1E5VQ8qPeLcRkxjCk6vKEsd2bhwwhy1>) er

aus Ihrer „Moral des Krieges“: „Es ist eine Sache, sich als radikaler Pazifist im Falle eines ungerechten Angriffs selbst töten zu lassen – und sich dadurch gewissermaßen für die eigenen moralischen Überzeugungen zu opfern. Es ist aber etwas ganz anderes, in einer Konfliktsituation den Tod Dritter in Kauf zu nehmen, weil man selber nicht bereit ist, einen ungerechten Angriff auf ihr Leben abzuwehren, wenn dies nur dadurch möglich ist, dass man den Angreifer tötet. In beiden Fällen wahrt man als radikaler Pazifist die eigene moralische Integrität. Im ersten Fall zahlt man den Preis dafür jedoch selbst, im zweiten zahlen ihn andere.“ Würden Sie das nach wie vor so sehen?

Hirsch: Ja, unbedingt.

WELT: Nun gibt es auch pazifistische Positionen, die tödliche Gewalt unter bestimmten Umständen nicht verdammen. Und zum Beispiel Verteidigungs- und Befreiungskriege zulassen.

Hirsch: Gemäßigte Formen des Pazifismus schränken das absolute Tötungsverbot in der Tat an entscheidenden Stellen ein. Dazu gehört auch der von Peter Sprong und mir sogenannte „aufgeklärte Pazifismus“, den Sie zu Beginn des Interviews ansprachen. Verlieren wir aber nicht aus dem Blick, dass auch in Verteidigungs- und Befreiungskriegen Menschen zu Tode kommen, die selbst nicht an Kampfhandlungen beteiligt sind und von denen keine Gefahr für die Kämpfenden ausgeht. Menschen, die insoweit ‚Unschuldige‘ sind. Auch sind nicht alle Soldaten, die im Krieg getötet werden, aus freier Entscheidung in den Krieg gezogen.

WELT: Das Problem unschuldiger Opfer bleibt also bestehen?

Hirsch: Das ist richtig. Auch die Anwendung tödlicher Gewalt zur Selbstverteidigung oder Befreiung von Unterdrückung kann nur moralisch zulässig sein, wenn kein absolutes Tötungsverbot besteht.

WELT: Was zeichnet Ihr Verständnis eines „aufgeklärten Pazifismus“ aus?

Hirsch: Zunächst einmal die Annahme des gleichen Werts und der gleichen grundlegenden Freiheiten und Rechte aller Menschen. Daran anschließend die Unabhängigkeit von umstrittenen religiösen oder weltanschaulichen Vorstellungen über die letzten Zwecke des menschlichen Lebens. Solche Vorstellungen mögen intern stimmig und nachvollziehbar sein. Wenn über sie begründete Meinungsverschiedenheiten bestehen, können sie unter Freien und Gleichen aber keine allgemein verbindliche politische Ethik begründen.

WELT: Was bedeutet das konkret?

Hirsch: Es bedeutet erstens, dass ein aufgeklärter Pazifismus das Tötungsverbot nicht absolut setzt, sondern ein eingeschränktes Tötungsverbot vertritt. Und zweitens, dass die Anwendung tödlicher Gewalt im Krieg (aber auch in Friedenszeiten) unter bestimmten Umständen nicht nur zulässig, sondern sogar geboten ist.

WELT: Welche Umstände sind das?

Hirsch: Umstände, die mindestens zwei Bedingungen erfüllen: Grundlegende Rechte von Menschen auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person können im konkreten Fall nur mit Gewalt verteidigt werden. Und zweitens, die für alles verantwortliche Handeln notwendige Bedingung der Verhältnismäßigkeit des Mitteleinsatzes ist erfüllt. Der Einsatz von Gewalt darf keine größeren Opfer erwarten lassen als ein Verzicht auf die gewaltsame Rechtsdurchsetzung.

WELT: Also Menschenrechte oder Frieden?

Hirsch: Am Ende läuft es darauf hinaus, wenn wir die Problematik auf den wesentlichen Konfliktpunkt mit dem Pazifismus zuspitzen. Aber vergessen wir nicht, dass die allermeisten Formen eines wirksamen Rechtsschutzes national und international nicht auf Gewalt beruhen, sondern auf friedlichen Mitteln der wirtschaftlichen Entwicklung, des sozialen Ausgleichs und der Konfliktprävention.

WELT: Wann gilt es, zwischen Rechtsschutz und Gewaltverzicht zu entscheiden?

Hirsch: Immer dann, wenn ein wirksamer Schutz der grundlegenden Rechte von Menschen ohne die Anwendung von (womöglich tödlicher) Gewalt unmöglich erscheint. Natürlich bestreiten radikale Pazifisten nicht, dass alle Menschen die gleichen grundlegenden Rechte haben. Sie bestreiten aber, dass es jemals zulässig sein könne, diese Rechte nötigenfalls auch gewaltsam zu verteidigen. Dies legt sie darauf fest, Gewalt auch dann abzulehnen, wenn ihr Einsatz mit mutmaßlich weniger Opfern und Risiken verbunden ist als die Kapitulation und der Gewaltverzicht. Dies ist die Stelle, an der die moralische Suggestivität des radikalen Pazifismus schwindet.

WELT: Warum?

Hirsch: In der Regel nehmen wir doch an, dass Menschen nur dann wirklich ein Recht auf etwas haben, wenn das, worauf sie ein Recht haben (etwa ihr Leben oder ihre Freiheit), nicht nur proklamiert, sondern effektiv durch die Gesellschaft vor gewaltsamen Übergriffen geschützt wird, andere Menschen also bereit sind, Rechtsverletzungen zu verhindern. Und wenn dies nur mit Zwangsgewalt geschehen kann, scheint uns auch Gewaltanwendung mit womöglich tödlichem Ausgang in vielen Fällen gerechtfertigt.

WELT: Können Sie das mit einem Beispiel illustrieren?

Hirsch: Menschen haben ein Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit, also nicht ermordet, verstümmelt oder vergewaltigt zu werden. Wenn wir als Gesellschaft jedoch nichts unternehmen würden, um etwa Frauen wirksam vor gewaltsamen Übergriffen zu schützen, würden wir sie im Ergebnis rechtlos dastehen lassen. John Stuart Mill hat diese weithin geteilte Vorstellung zum Ausgangspunkt seiner Rechtstheorie gemacht. Mill zufolge gehört es zum Begriff eines Rechts, dass Rechte mit der Forderung ihrer gesellschaftlichen Gewährleistung einhergehen. Rechte begründen deshalb Pflichten zur Hilfeleistung und Unterstützung durch Dritte.

WELT: Was bedeutet dies für den Pazifismus?

Hirsch: Niemand glaubt im Ernst, dass es in Deutschland so etwas wie eine die menschlichen Grundrechte schützende Ordnung geben könnte ohne eine Polizei, die notfalls auch tödliche Gewalt einsetzt, um Menschen zu schützen. Was lässt radikale Pazifisten glauben, dies könnte weltweit anders sein? Wie könnte es eine die Menschenrechte achtende internationale Ordnung geben, ohne die Bereitschaft, diese Rechte notfalls auch mit Gewalt zu verteidigen? Die moralische Legitimität ebendieser Bereitschaft zu bestreiten, wie es viele Pazifisten tun, bedeutet in einer Welt gewaltbereiter Autokraten, Warlords und Terroristen, im Namen des Pazifismus die effektive Rechtlosigkeit sehr vieler Menschen weltweit zu akzeptieren. Es gibt schlicht keine gerechte internationale Ordnung ohne die Fähigkeit und Bereitschaft, die grundlegenden Rechte von Menschen, wie das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, notfalls auch mit militärischer Gewalt zu verteidigen.

WELT: Gibt es also eine moralische Pflicht zur Intervention?

Hirsch: Alle Staaten sind verpflichtet, nach besten Kräften zum Schutz und zur Verteidigung der grundlegenden Rechte von Menschen weltweit beizutragen. Dies bedeutet im konkreten Fall nicht automatisch eine Verpflichtung zur militärischen Intervention im Sinne eines Kriegseintritts oder zur Unterstützung von Kriegsparteien. Aber es bedeutet die Bereitschaft, nötigenfalls auch militärisch einzugreifen oder, im Fall der Ukraine, einen Verteidigungskrieg wirtschaftlich und militärisch zu unterstützen.

WELT: Ist das kein verkappter Bellizismus? Ist die Bezeichnung „aufgeklärter Pazifismus“ nicht Etikettenschwindel?

Hirsch: Keinesfalls. Der aufgeklärte Pazifismus hält daran fest, dass Kriege wegen der Opfer und des großen Leids, das sie unweigerlich mit sich bringen, wenn möglich schon im Vorfeld verhindert werden müssen. Die allermeisten Kriege fordern – ganz unabhängig von ihren womöglich legitimen Zielen – Opfer, die in der Regel in keinem angemessenen Verhältnis zu dem stehen, was durch sie an Lebens- und Rechtsschutz gewonnen wird. Meine Kritik am Pazifismus läuft also nicht auf die Forderung hinaus, in Zukunft mehr Kriege zu führen oder häufiger als bisher militärisch zu intervenieren, um irgendwo auf der Welt Menschenrechte zu schützen. Sie zeigt aber, dass der radikale Pazifismus in der Welt in der wir leben einen wirksamen Schutz menschlicher Grundrechte für viele Menschen ausschließt und dass er aus diesem Grund eine moralisch höchst fragwürdige Lehre ist.

WELT: Noch einmal zurück zur Pflicht. Wozu genau sind wir verpflichtet? Sie scheinen an diesem Punkt etwas offenzulassen.

Hirsch: Aus der allgemeinen Pflicht, der Verletzung grundlegender Rechte notfalls auch mit militärischer Gewalt entgegenzutreten, folgt nicht, dass Kriege zum Menschenrechtsschutz und zur Selbstverteidigung grundsätzlich gerechtfertigt wären. Eine konkrete Verpflichtung zur Intervention ergibt sich erst, wenn neben der Bedingung des gerechten Grundes – es geht um den Schutz grundlegender Rechte – auch die Bedingung der Proportionalität oder Verhältnismäßigkeit des Gewalteinsatzes erfüllt ist: Die zu erwartenden Opfer dürfen nicht größer sein als das, was für andere Menschen und ihre Rechte gewonnen wird.

Hier geraten wir in den Bereich schwer absehbarer Handlungsfolgen und dies führt zu dem Eindruck, es bliebe offen, wozu wir im konkreten Fall tatsächlich verpflichtet sind. Bei der Pflicht zur Intervention handelt es sich um eine, wie Kant und Grotius gesagt hätten, „unvollkommene“ Pflicht. Unvollkommen nicht, weil diese Pflicht Ausnahmen nach eigenem Gutdünken zuließe, sondern weil sie keine

Regel vorgibt, wie in allen Fällen vorzugehen sei. Dies ist abhängig von den konkreten Umständen des Einzelfalls und von den stets unsicheren Konsequenzen der jeweiligen Handlungsalternativen.

Ob im konkreten Fall eine militärische Intervention (oder die Unterstützung einer Kriegspartei) moralisch gerechtfertigt (und womöglich sogar geboten) ist, lässt sich nicht durch moralische Prinzipien entscheiden. Es ist eine Frage des politisch und militärisch informierten Urteilsvermögens und damit typischerweise Gegenstand von heftigen Kontroversen. Die Vorstellung, man könne dies im Sinne einer halbwegs verlässlichen Kosten-Nutzen-Kalkulation im Prinzip berechnen, ist eine, wenn Sie so wollen, utilitaristische Illusion.

WELT: Ist es unter diesen Bedingungen nicht besser, keine Kriege zu führen?

Hirsch: In vielen Fällen wohl schon, aber eben oft auch nicht. Das pauschale Argument vieler Pazifisten, es dürften keine Kriege geführt werden, weil ihre schrecklichen Folgen nicht abzusehen seien, ist jedenfalls nicht gut durchdacht; denn auch die schrecklichen Folgen einer Kapitulation und des Verzichts auf militärische Intervention sind nicht leicht abzusehen. Auch sie mögen sich als katastrophal erweisen. Man stelle sich vor, die Westmächte hätten Hitler 1939 nach dem Überfall auf Polen gewähren lassen und die Sowjetunion hätte im Juni 1941 kapituliert, statt vier Jahre lang einen verlustreichen Krieg gegen die deutsche Wehrmacht zu führen. Die polnische Armee hat wenige Wochen nach dem deutschen Überfall gezwungenermaßen kapituliert; es hat die Polen aber nicht vor millionenfacher Vernichtung und Vertreibung bewahrt.

WELT: Wenn die Pflicht zur Intervention eine „unvollkommene Pflicht“ ist, können sich die Staaten dann nicht nach eigener Interessenlage aussuchen, wo sie intervenieren und wo nicht?

Hirsch: Das ist eine naheliegende Frage. Es ist ja nicht zu übersehen, dass die Bereitschaft westlicher Staaten, militärisch einzugreifen, stark von nationalen Interessenlagen und Wählerstimmungen bestimmt ist. Aus einer moralischen Perspektive müssen grundlegende Menschenrechte geschützt werden, unabhängig davon, an welchem Ort auf der Erde sie bedroht sind. Dass dies nicht geschieht, ist ein Grund für berechtigte Kritik an der üblichen Staatenpraxis. Daraus folgt jedoch nicht, dass in den Fällen, in denen zu Recht interveniert wurde oder interveniert werden sollte, dies wegen des Ausbleibens einer Intervention an anderen Orten oder zu anderen Zeiten unzulässig wäre. Daraus, dass in Ruanda 1994 nicht interveniert wurde, folgt nicht, dass die Intervention im Kosovo 1999 moralisch unzulässig war.

WELT: In einem Rechtsstaat gibt es das Gewaltmonopol der Regierung, das Verstöße gegen geltende Normen sanktioniert. International nicht. Brauchen wir eine Weltregierung mit Gewaltmonopol, um den gleichen Rechtsschutz für alle zu gewährleisten?

Hirsch: Dies ist eine schwierige politische und völkerrechtliche Frage, auf die es meines Erachtens keine klare Antwort gibt. Leider kann die Moralphilosophie auch nicht viel zu ihrer Beantwortung beitragen. Nach dem Abwurf der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki 1945 und mit Blick auf die zu erwartende Verbreitung von Nuklearwaffen wurden früh Stimmen laut, nur eine Weltregierung mit Gewaltmonopol wäre dauerhaft in der Lage, Atomkriege schon im Ansatz zu verhindern.

Die Grundidee erscheint einleuchtend. Warum sollte das, was die Einzelstaaten durch Regierungen mit Gewaltmonopol in vielen Fällen zustande gebracht haben – ein einigermaßen stabiles und weitgehend gewaltfreies Zusammenleben ihrer Mitglieder – nicht auch global möglich sein? Und welche realistischen Alternativen sollte es geben? Es gibt jedoch gewichtige Gründe für Skepsis und ich selber halte eine Weltregierung mit Gewaltmonopol für keine gute Idee. In diesem Punkt schließe ich mich Immanuel Kant an.

WELT: Was war Kants Position?

Hirsch: Er war der Auffassung, eine Weltregierung mit Gewaltmonopol würde entweder zu einem universellen Despotismus führen oder in einen Zustand der Anarchie abgleiten. Das Gewaltmonopol würde ja bedeuten, dass sich niemand irgendwo auf der Welt gegen ungerechte Gesetze der Weltregierung zur Wehr setzen könnte. Das lädt ein zu Despotismus und Tyrannei. Wenn die Menschen irgendwo dagegen doch über genügend Gewaltmittel verfügen, um sich gegen gravierende Ungerechtigkeiten erfolgreich zu wehren, dürfen wir vermuten, dass sie diese Mittel nutzen würden, um ihre eigenen Gerechtigkeitsvorstellungen durchzusetzen, die nicht notwendigerweise mit denen der Weltregierung oder ihrer Nachbarn überstimmen. Wir hätten Anarchie und Selbstjustiz.

WELT: [Jürgen Habermas \(/kultur/plus238466335/Habermas-zum-Ukraine-Ueberfall-Wo-der-Philosoph-irrt-und-wo-er-recht-hat.html\)](https://www.welt.de/kultur/plus238466335/Habermas-zum-Ukraine-Ueberfall-Wo-der-Philosoph-irrt-und-wo-er-recht-hat.html) findet die Forderung einer Anklage Wladimir Putins vor dem Internationalen Strafgerichtshof, die von vielen euphorisch aufgenommen wurde, naiv, weil es eben keine Macht gibt, die diesen Gerichtshof sanktioniert.

Hirsch: Putin handelt in ganz unglaublicher Weise moralisch verwerflich und zweifellos ist er ein Kriegsverbrecher im Sinne des geltenden Völkerrechts. Letzteres verbindlich festzustellen, ist nach Rechtsgrundsätzen Sache eines Gerichts, und der Internationale Strafgerichtshof ist im Prinzip der richtige Ort dafür. Wie realistisch die Vorstellung ist, Putin tatsächlich vor den Gerichtshof zu bringen, ist eine Sache müßiger Spekulationen. Von prinzipieller Bedeutung für die politische Ethik ist dagegen die Frage, ob es moralisch richtig wäre, Putin, wenn man ihn denn zu fassen bekäme, vor ein internationales Gericht zu stellen, um ihm seiner gerechten Strafe zuzuführen.

Ich nehme an, dass es diese Frage war, die Habermas in seiner Stellungnahme in der „Süddeutschen Zeitung“ im Sinn hatte. Sie lässt sich nach meiner Auffassung zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings nicht eindeutig beantworten. Zu viel hängt davon ab, wie der Krieg in der Ukraine ausgeht und wie sich die Dinge in Russland entwickeln. Klar scheint aber zu sein, dass die mit einem Prozess gegen Putin verbundene Kränkung Russlands, auch nach einem einschneidenden Führungswechsel in Moskau, den Aufbau einer Russland einschließenden internationalen Friedensordnung deutlich erschweren, wenn nicht unmöglich machen würde. Hier sehe ich keinen grundsätzlichen Dissens mit Habermas.

WELT: Was folgt aus einem aufgeklärten Pazifismus nun für den Krieg in der Ukraine? Über 250.000 Personen haben inzwischen den offenen Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz in der Zeitschrift „Emma“ unterzeichnet (<https://www.emma.de/artikel/offener-brief-bundeskanzler-scholz-339463>), dessen Autoren sich gegen weitere Waffenlieferungen aussprechen.

Hirsch: Der Bundeskanzler würde als erfolgreicher Politiker und Vertreter des deutschen Volkes gewiss nicht so handeln, wie er es tut, wenn er nicht davon ausgeht, dass sehr viele Menschen nicht nur in der SPD, sondern im ganzen Land sehr ernste Vorbehalte gegen Waffenlieferungen haben. Darüber, wie groß die Gefahr eines Atomkriegs aufgrund der Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine tatsächlich ist, die der Bundeskanzler als Begründung für seine zögerlichen Entscheidungen nennt, sagt uns dies alles allerdings gar nichts.

WELT: Wer öffentlich darüber spekuliert, die Ukraine solle kapitulieren, um weiteres Leid zu verhindern, sieht sich sehr starker Kritik ausgesetzt. Ist es moralisch verwerflich, eine solche Forderung aufzustellen?

Hirsch: Es gibt grundsätzlich nichts daran zu bemängeln, dass Menschen öffentlich dafür eintreten, die Ukrainer sollten kapitulieren. Auch die von einem aufgeklärten Pazifismus bejahte Pflicht zum militärischen Menschenrechtsschutz schließt nicht von vornherein aus, dass im konkreten Fall eine Kapitulation und gewaltfreier Widerstand die richtigen Alternativen sein könnten. Im Prinzip könnte es sein, dass der Verteidigungskrieg der Menschen in der Ukraine unverhältnismäßig viele Opfer fordert und weiteres Unheil heraufbeschwört. Es spricht wenig für diese Einschätzung, aber völlig abwegig ist sie auch nicht. Wir müssen einen Kurzschluss von moralischen Grundsätzen hin zu konkreten politischen Entscheidungen vermeiden. Der Übergang von der Moral zur Politik ist eine Sache der Urteilskraft und in einer freien Gesellschaft eine Sache der öffentlichen Kontroverse und demokratisch legitimer politischer Entscheidungen.

WELT: Warum spricht wenig für die Einschätzung, dass der ukrainische Verteidigungskrieg unverhältnismäßig viele Opfer fordert und weiteres Unheil heraufbeschwört?

Hirsch: Im Rückblick auf die aggressive Repressionspolitik Wladimir Putins in den letzten 20 Jahren und mit Blick auf die Lage der Menschen in den baltischen Staaten, in Polen und Moldawien, im Kaukasus, aber auch in Taiwan und anderen Konfliktregionen der Welt fällt es schwer zu glauben, dass eine Aufgabe des Kampfes gegen die russische Aggression nicht deutlich größeres Unheil nach sich ziehen und mehr Opfer fordern würde als der Verteidigungskrieg der Menschen in der Ukraine. Zu viel steht für sie auf dem Spiel und zu groß sind die Risiken, die mit einem nochmaligen Zurückweichen des Westens weltweit verbunden sind. Etwas pathetisch gesprochen kämpfen die Männer und Frauen der Ukraine nicht nur für ihr eigenes Leben, sondern für die Freiheit und Sicherheit von allen Menschen weltweit.

WELT: Man muss doch denen, die sich gegen Waffenlieferungen aussprechen, zugestehen, dass sie tatsächlich Angst vor einer Ausweitung des Krieges bis hin zum Atomkrieg haben. Welche Bedeutung haben solche Angstgefühle aus philosophischer Sicht?

Hirsch: Angst zu haben, bedeutet eine Beeinträchtigung des eigenen Wohlergehens. Und große Angst bedeutet, sehr stark beeinträchtigt zu sein. Die enormen emotionalen Belastungen, die mit Kriegen und Kriegsdrohungen für alle direkt oder indirekt Beteiligten einhergehen, müssen bei den Folgenabwägungen von Krieg und Frieden ebenso berücksichtigt werden wie die Zahl der Toten und Verletzten oder die materiellen Verluste und Kosten.

WELT: Ist Angst zu haben immer etwas Irrationales, eine Schwäche?

Hirsch: Angst ist nicht per se irrational und führt auch nicht automatisch zu Fehlern. Angst kann vor einer tatsächlich bestehenden Gefahr warnen. Wenn wir in Deutschland in den letzten Jahren mehr Angst vor Putins aggressiver Expansionspolitik gehabt und uns entsprechend gewappnet hätten, stünden die Ukraine und wir heute besser da.

WELT: Also ist die Angst vor einem Atomkrieg berechtigt?

Hirsch: Es ist leichtfertig, Putins mehr oder weniger unverhohlene Drohung mit dem Einsatz von Nuklearwaffen als Säbelrasseln abzutun. Es spricht aber einiges dagegen, dass Putin in der Ukraine taktische Atomwaffen einsetzen wird, solange sich der Krieg dort nicht territorial auf Russland ausweitet und zu einer „existenziellen Bedrohung“ für den russischen Staat wird. Ich denke an die russische Militärdoktrin für den Einsatz von Atomwaffen, die mangelnde Unterstützung Chinas für eine Eskalation des Ukrainekriegs, die zu erwartende weltweite Ächtung Russlands im Falle einer Verletzung des Nukleartabus, die Gefährdung der eigenen Bevölkerung in den Grenzregionen zur Ukraine und der russischstämmigen Bevölkerung in der Ukraine, die Behinderung der russischen Kampfverbände in den radioaktiv verseuchten Gebieten und, *last but not least*, die weitere Verschärfung wirtschaftlicher und militärischen Sanktionen durch die westlichen Regierungen.

Eskalation beruht auf Wechselseitigkeit. Nicht nur wir müssen eine Eskalation fürchten, auch Putin hat Grund zur Sorge. Die Angst vieler Menschen vor einem Atomkrieg ist deshalb verständlich, aber größer als es die gegenwärtige Lage angemessen erscheinen lässt. Hier kommt die Kehrseite der Angst ins Spiel: Gefühle der Angst und der Bedrohung – nicht anders als Optimismus und Sorglosigkeit – können unsere Wirklichkeitswahrnehmung in die eine oder andere Richtung biegen und unsere Urteilsfähigkeit beeinträchtigen, was, wenn viel auf dem Spiel steht, ein echter Grund zur Sorge ist.

WELT: Hängen ängstliche Konfliktscheu und Pazifismus zusammen?

Hirsch: Ebenso wie die nur vermeintlich wirklichkeitsnahen Denkweisen der machtpolitischen Realisten fördern pazifistische Überzeugungen und Einstellungen nicht selten eine gefährliche Fehleinschätzung weltpolitischer Risiken. Es gibt eben nicht nur den von Robert McNamara für die Tragödie des Vietnamkriegs verantwortlich gemachten *Fog of War*, der den Politikern und Militärs die Sicht vernebelt.

Es gibt auch die Vernebelung der politischen Wahrnehmung durch ein Leben in Wohlstand und Sicherheit, in dem pazifistische Überzeugungen nie ernsthaft auf die Probe gestellt wurden. Kaum jemand in Deutschland hielt bis zum 24. Februar den Überfall Russlands auf die Ukraine für wahrscheinlich, obwohl deutliche Anzeugsprachen, dass es dazu kommen würde. Viele Beobachter außerhalb Deutschlands – zum Beispiel in Polen und der Ukraine – haben schon nach der russischen Annexion der Krim 2014 vor dem was kommen würde gewarnt, aber ihre Einschätzungen wurden nicht ernst genommen.

WELT: Gibt es hier eine Gemeinsamkeit von Pazifismus und Machtpolitik?

Hirsch: Ich denke schon. Bemerkenswert ist doch, dass weder Putin und seine Freunde noch seine Gegenspieler im Westen damit gerechnet haben, mit welchem Mut und wie erfolgreich sich die Menschen in der Ukraine gegen die russischen Streitkräfte zur Wehr setzen würden, um ihre Rechte zu verteidigen. Es ist auch schwer nachzuvollziehen, wie mehrere Bundesregierungen annehmen konnten, es sei möglich, die aggressiven und expansiven Tendenzen Putins, die seit seiner Amtseinführung 2001/2002 nicht zu übersehen waren, durch wirtschaftliche Zusammenarbeit zügeln zu können.

Noch im vergangenen Jahr gab es Anstrengungen, die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland zu intensivieren, nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern, zum Beispiel in Italien. Hier zeigt sich ein Mangel an Realitätssinn unter politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen, den man so oder so beurteilen kann: als Naivität oder als Lumperei aus Gewinnsucht. Das möchte ich offenlassen. Klar ist aber, dass es sich um eine Form von Wirklichkeitsverleugnung handelt, zu der es nicht noch einmal kommen darf.

Wilfried Hirsch, Jahrgang 1956, ist Professor für Philosophie an der Universität Köln und Sprecher des Wissenschaftsforums zu Köln und Essen. Er war von 2006 bis 2012 Mitglied des Wissenschaftsrates und von 2007 bis 2009 Gründungsdirektor des Human Technology Centers der RWTH Aachen. Seine Arbeitsschwerpunkte liegen in der Politischen Philosophie und der Moraltheorie. Er ist der Autor des Buches „Die Moral des Krieges. Für einen aufgeklärten Pazifismus“ (München 2017).

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/238798199>